

30jähriges Jubiläum des Landesverbands Hessen der Angehörigen psychisch Kranker e.V.

Ca. 100 Gäste konnte der Vorsitzende des Landesverbands Hessen der Angehörigen psychisch Kranker e.V., Manfred Desch, am 11. August zum 30jährigem Jubiläum des Verbands im Festsaal des Wiesbadener Rathauses begrüßen. Er dankte der DAK und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband für die langjährige Unterstützung, ebenso Herrn Professor em. Reinhard Peukert für die Hilfe bei der Organisation der Veranstaltung sowie dem Personal des Rathauses für die kompetente Beratung bei der Durchführung. Besonderen Dank sprach er auch den Menschen aus, die dem Vorstand des Verbands in vielen Jahren zugehört haben und mitgeholfen haben, die Behandlung und Versorgung psychisch kranker Menschen in Hessen zu verbessern: den Klinikleitern und den Vertretern städtischer Ämter, die mit dem Vorstand über Wünsche und Anregungen der Angehörigen diskutierten und gemeinsame Projekte planten, und nicht zuletzt den Vertretern des Hessischen Landtags, die es Vorstandsmitgliedern ermöglicht haben, auf Augenhöhe im Psychiatriebeirat des Landtags an der Abfassung des neuen hessischen PsychKHG mitzuarbeiten.

Der hessische Sozialminister Stefan Grüttner sprach den Angehörigen seine Glückwünsche aus und wies ihnen eine Schlüsselrolle zu: sie hätten die Entwicklung des psychiatrischen Versorgungssystems kritisch begleitet und zu positiven Ergebnissen beigetragen. Wörtlich: „Die Diskussion belebt das Miteinander und sorgt für Verbesserungen in der Versorgung“. In Anbetracht der Überzeugung, dass Betroffene und ihre Angehörigen einen wichtigen Beitrag zur Diskussion geleistet hätten, habe man im Jahre 2017 die Selbsthilfe im Hessischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz verankert. Er forderte die Angehörigen auf: „Machen Sie weitem so!“

Für den Vorsitzenden des Landesverbandes sind das ermunternde Worte. Er wies darauf hin, was man in den Jahren der Arbeit an dem neuen Gesetz alles erreicht habe. Man habe zusammen mit anderen z.B. dazu beigetragen, obligatorische Deeskalationsmaßnahmen vor der Anwendung von Zwang, Bestimmungen zur Durchführung von Fixierungen und eine Stärkung der Sozialpsychiatrischen Dienste durchzusetzen. Es bleibe aber noch viel zu tun, insbesondere beim Ausbau der ambulanten Versorgung (u.a. auch aufsuchende Behandlung). Ein weiteres Ziel des Verbandes sei es, dass die Angehörigen in die Behandlung einbezogen werden. Sie sollten die Ziele der Behandlung kennen, damit sie diese nicht aus Unwissenheit behinderten. Er endete mit einem Appell an die Zuhörer, sich durch Teilnahme an öffentlichen Anhörungen und Mitarbeit in den verschiedensten Gremien an der Arbeit des Verbandes zu beteiligen und damit den Vorstand zu entlasten.

Eines der vordringendsten Anliegen der Angehörigen ist die hessenweite Etablierung psychiatrischer Krisen- und Notfalldienste. Diese würden in dramatischen Situationen die Familien entlasten, so dass es nicht zu so unerträglichen Überforderungen in der Familie käme, wie sie Dragana Kistner in ihrem „Brief an Mama“ eindrucksvoll geschildert hat. Daher sollte die bayerische Psychiaterin Gabriele Schleuning den Festvortrag zum Thema „Krisen- und Notfalldienste in München und Oberbayern“ halten. Der Erstkontakt mit der Psychiatrie habe eine Schlüsselfunktion, die entscheidend sei für den weiteren Verlauf von Krisenintervention und langfristiger Behandlung. Ein hilfreich erlebtes Angebot schaffe langfristig Vertrauen und Bindung, das ist die feste Überzeugung von Gabriele Schleuning. Die Krisenhilfe müsse zuverlässig und direkt sein. Menschen in psychischen Krisen oder in Notfällen müssten in dezentralen Ambulanzen unmittelbare Hilfe finden können.

Jessica Odenwald, Stellvertretende Vorsitzende der BAG GPV (Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrische Verbände), wandte sich einem weiteren drängenden Problem zu, der Vermeidung von Zwang in der psychiatrischen Behandlung. Sie stellte ein bundesweites Projekt zur

Vermeidung von Zwangsmaßnahmen vor, bei dem es vor allem um die Umsetzung der UN BRK geht. Christian Zechert zeigte in seinem Vortrag über die Rolle der Familie in der NS-Zeit, wie weit das Fehlen geeigneter Unterstützung den Widerstand der Familien geschwächt hat. Und Prof. Sibylle Roll, Ärztliche Direktorin der Vitos-Klinik am Eichberg in Eltville, sprach über die Einbeziehung der Familien in die Behandlung (Erklärung der Behandlungsziele) und über das Projekt, eine Peer-to-peer-Beratung für Angehörige in ihrer Klinik aufzubauen.

Zum Abschluss trugen eine Schwester eines psychisch kranken Menschen, eine Mutter und eine Betroffene selbst ihre jeweilige Sicht über die Störung des Familiensystems vor, die durch die Erkrankung eines Familienmitglieds entstehen kann. Geeignete Hilfen für die ganze Familie hätten diese Entwicklungen mildern oder gar verhindern können, meinte der Vorsitzende des Landesverbands dazu.